

**Antrag 70/II/2025****KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Für offene Grenzen: Rücknahme der stationären Grenzkontrollen – für ein solidarisches, vereintes Europa**

1 1. Die SPD fordert die sofortige Beendigung aller stationä-  
2 ren Grenzkontrollen an den deutschen Landgrenzen, die  
3 über die gesetzlich zulässigen und europarechtlich engen  
4 Ausnahmen hinausgehen.

5  
6 2. Der Bundesvorstand und die SPD-Bundestagsfraktion  
7 werden aufgefordert, in der Bundesregierung darauf hin-  
8 zuwirken, dass die Bundesrepublik Deutschland keine Po-  
9 litik der dauerhaften Binnengrenzkontrollen betreibt und  
10 sich in der EU aktiv gegen jede Verstärkung solcher Maß-  
11 nahmen einsetzt.

12  
13 3. Die SPD lehnt es entschieden ab, europäische Grund-  
14 freiheiten und das Schengen-Abkommen aus innenpoliti-  
15 schem Kalkül oder symbolpolitischen Gründen zu unter-  
16 laufen.

17  
18 4. Statt nationaler Abschottung muss die SPD auf eine  
19 vollständige und solidarische Umsetzung des Gemeinsa-  
20 men Europäischen Asylsystems, den Schutz der Außen-  
21 grenzen im Rahmen gemeinsamer Verantwortung und ei-  
22 ne faire Verteilung Schutzsuchender in der EU drängen

**23  
24 Begründung**

25 Die aktuellen stationären Grenzkontrollen an deutschen  
26 Landgrenzen sind politisch kurzsichtig, europarechtlich  
27 zweifelhaft und schaden dem Zusammenhalt in der Eu-  
28 ropäischen Union. Sie untergraben das Schengen-System,  
29 dessen offener Grenzverkehr nicht nur ein wirtschaftli-  
30 cher Vorteil, sondern ein zentrales politisches Versprechen  
31 Europas ist. Dauerhafte Binnengrenzkontrollen sind kein  
32 geeignetes Mittel, um Migration zu steuern oder Sicher-  
33 heit zu erhöhen – sie sind Symbolpolitik, die Misstrau-  
34 en zwischen Mitgliedstaaten sät, wirtschaftliche Schäden  
35 verursacht und das Risiko diskriminierender Kontrollen er-  
36 höht.

37  
38 Das europäische Recht erlaubt solche Kontrollen nur in  
39 klar begründeten Ausnahmefällen und für begrenzte Zeit.  
40 Die derzeitige Praxis stellt faktisch eine Aushöhlung dieser  
41 Regel dar und läuft der Idee eines grenzenlosen Europas  
42 zuwider. Wer Europa ernst nimmt, muss auf gemeinsa-  
43 me Lösungen setzen: solidarische Aufnahme, rechtsstaat-  
44 liche Verfahren, Schutz der Außengrenzen und eine faire  
45 Verteilung in der EU.

46  
47 Die SPD darf sich nicht an einer Politik beteiligen, die euro-  
48 päische Errungenschaften preisgibt, um innenpolitischen

49 Druck zu entschärfen. Wir stehen für ein Europa, das of-  
50 fen, solidarisch und handlungsfähig ist – und nicht für ei-  
51 nen Flickenteppich aus Schlagbäumen und Stacheldraht.  
52 Offene Grenzen sind ein Kernstück unserer Freiheit. Sie zu  
53 verteidigen, ist nicht nur europäische Pflicht, sondern so-  
54 zialdemokratisches Selbstverständnis.  
55